

Redebeitrag zum Besuch von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) im Wendland

Mathias Edler, Greenpeace e.V., Lüchow, den 21.01.2013

Verehrte Freundinnen und Freunde,
sehr geehrter Herr Minister Altmaier!

Längst geht es nicht mehr nur um den geplanten Endlagerstandort Gorleben, sondern es geht um ein ehrliches und faires Endlager-Suchverfahren. Greenpeace hat dazu im November 2012 einen Vorschlag vorgelegt, der die Etiketten „ergebnisoffen, fair und transparent“ tatsächlich verdient - und nicht nur vortäuscht. Die wichtigste Voraussetzung für ein ehrliches Verfahren ist der Ausschluss von Gorleben vor Beginn einer neuen Suche.

Der große Fehler begann vor 35 Jahren mit der Benennung nur **eines einzigen** Standortes zur Erkundung für ein Atommüllendlager: dem Salzstock Gorleben

(– übrigens ein Akt politischer Willkür auf der Grundlage eines Parteienkonsens zwischen CDU und SPD, zwischen Bundesregierung und Land.)

Die Greenpeace-Einsicht in Behördenakten aus Ende der 1970er Jahre hat dies 2010 zweifelsfrei belegt. Ihre Vorgänger, Herr Altmaier, verstießen dabei gegen die eigenen, damals gültigen Bewertungskriterien.

In denen hieß es 1976 ausdrücklich:

Benenne niemals „*nur einen Standort*“, andernfalls bleibt Dir nur „*eine Ja/Nein-Entscheidung ohne die Möglichkeit eventuell günstigere Alternativen abzuwägen*“. Sie, Herr Altmaier, behaupten, Sie würden die Endlagersuche jetzt neu starten und nach Alternativen suchen – doch mit Gorleben im Topf. Damit stehen Sie wieder vor der alten Ja-Nein-Entscheidung, welche auch heute jede Alternative verhindert.

Die Erklärung dafür ist ganz einfach:

Keiner will (aus verständlichen Gründen) die gefährlichsten Industrieabfälle aller Zeiten bei sich in der Region haben. Nun soll aber auch im neuen Gesetz nur ein Standort schon vorab mit Namen genannt werden: Gorleben. Für 90% aller Bürger ist das kleine Elbdorf Gorleben weit weg. Das gilt auch für 90% aller Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Stellt sich im Suchverfahren die Frage: Kommt der Atommüll

in meine Heimatregion oder lieber nach Gorleben, wird die große Mehrheit der Abgeordneten im Zweifel immer für Gorleben stimmen.

Schon die Bundesratsinitiative, mit der die Endlagerdebatte im Sommer 2011 begonnen hat, ist der Beweis für diesen fatalen Mechanismus: Bayern hat sofort gesagt: „Wir machen nur mit, wenn Gorleben im Verfahren bleibt! Auch Sie Herr Altmaier machen keinen Hehl daraus, dass es in der Bundesrepublik keine politischen Mehrheiten für einen Ausschluss Gorlebens vor einem neuen Verfahren gibt.

Woher nehmen Sie dann aber die Gewissheit, dass Gorleben in jeder Stufe des Verfahrens ausscheiden könnte?

Zumal Ihr Gesetzentwurf auch noch vorsieht, die Entscheidungen im Suchverfahren vom Bundestag ausgerechnet von jenen Abgeordneten beschließen zu lassen, die ihre Heimatregionen im Zweifel immer sauber halten wollen.

Richtig ist: Zu keinem Zeitpunkt wird es Mehrheiten für einen Ausschluss Gorlebens geben, so sehr dieser aus wissenschaftlichen Gründen auch geboten sein mag: Nicht bei den Mindestanforderungen, nicht bei den Sicherheitskriterien und auch nicht bei der Wahl der zu erkundenden Standorte. Die alte Fehlentscheidung Gorleben, die bekannten Mängel des Salzstocks, kontaminieren das ganze Verfahren. Belassen Sie den Salzstock im Verfahren, wird am Ende als Ergebnis zwangsläufig auch Gorleben herauskommen!

Dadurch, dass allein die Abgeordneten im Bundestag alle wichtigen Entscheidungen im Suchverfahren gleich per Gesetz festschreiben sollen, verhindern Sie, dass betroffene Bürger das Verfahren und seine Entscheidungen verwaltungsgerichtlich überprüfen lassen können. Denn gegen ein Gesetz kann der Bürger nur direkt vor das Bundesverfassungsgericht ziehen – nur 2% der Verfassungsbeschwerden werden dort überhaupt angenommen.

Die Beschneidung der Klagerechte betrifft nicht nur Gorleben, sondern auch betroffene Bürger in allen anderen potentiellen Standortregionen, die in die engere Wahl kommen.

Herr Altmaier, warum scheuen Sie die gerichtliche Überprüfung Ihres Suchverfahrens? Jemand, der ein sauberes und ehrliches Suchverfahren nach dem relativ besten Endlagerstandort will, hätte dazu keinen Anlass!

Nicht, dass Sie mich falsch verstehen, Herr Altmaier: Der Bundestag ist das Gremium mit der höchsten demokratischen Legitimation in Deutschland. **Aber die 35 Jahre alte Hypothek mit Namen Gorleben ist auch heute noch in der Lage, die Demokratie an ihre Grenzen zu bringen.** Keine Frage: Ein Endlager für Jahrtausende ist die vielleicht schwierigste Entscheidung, vor der Ihre Politikergeneration steht. Gleichzeitig gelten Sie, Herr Altmaier, in Berlin aber als DER beste Mehrheitsbeschaffer in politischen Prozessen. Gerade Sie hätten heute die Chance, die unverantwortliche Atommüllpolitik nach Jahrzehnten zu beenden:

Warum beschaffen Sie nicht die parlamentarischen Mehrheiten für einen Ausschluss Gorlebens und damit für einen echten Neustart in der Endlagerfrage, anstatt die Gorleben-Lüge weiterzuführen? Dann stünde alles wieder auf Null und die Chance für einen echten Neuanfang wäre da.

Jeder Jurist wird Ihnen bestätigen, dass der Gesetzgeber sehr wohl Gorleben als Bereinigung der Vergangenheit und als Voraussetzung für echte Ergebnisoffenheit vor einem neuen Suchverfahren rechtssicher ausschließen kann. Allein: Der politische Wille fehlt - bei Ihnen, bei der Kanzlerin, in Ihrer Partei, in der Bundes-SPD, in der Grünen-Spitze und in allen Bundesländern.

Warum führen Sie die Debatte über den Umgang mit Atommüll nur in Gorleben und nicht in allen potentiellen Standortregionen und an allen Zwischenlagerstandorten der Republik?

Warum binden Sie die Bürger nicht schon bei der Entwicklung eines Suchverfahrens vom ersten Tag an mit ein? Das wäre der erste Schritt, um Vertrauen zu schaffen.

Ein Endlagersuchgesetz kann ein notwendiger Schritt im Verfahren sein, aber es ist ganz bestimmt nicht der erste Schritt. **Eilgesetz aussetzen – ehrliche Endlagersuche starten!** Ansonsten werden Sie nie die gesellschaftliche Akzeptanz für das spätere Ergebnis des Verfahrens erreichen und am Ende wieder scheitern. Dann haben Sie mit Ihrem angeblich so eiligen Gesetz keine Zeit gespart, sondern weitere Jahre in der Endlagerfrage mutwillig vergeudet.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Mathias Edler, Greenpeace e.V., Lüchow, den 21.01.2013